

Neues Reisen in Pandemiezeiten

Kernforderungen des Mittelstands

- Verhältnismäßiges und langfristiges Neues Reisen in Pandemiezeiten ermöglichen
- Präventivmaßnahmen ausweiten und betroffene Akteure einbeziehen
- Verantwortungsbewusstes Reisen und Planungssicherheit gewährleisten
- Die Wirtschaft einbinden und innovative Lösungen fördern
- Kommunikationsstandards und transparente Entscheidungsfindung verbessern

Vorbemerkung

Im Kontext der Corona-Pandemie und des damit einhergehenden Shutdowns kommt es zu einem Stillstand des nationalen und internationalen Tourismus Deutschlands. Anlässlich der Diskussion um Rahmenbedingungen zur Öffnung der Tourismuswirtschaft stellt der BVMW fünf Forderungen zum Neuen Reisen in Pandemiezeiten auf. Jede Regelung wird ein schwieriger Balanceakt zwischen dem richtigen Maß an Öffnung und dem angemessenen Umfang an Beschränkungen zum Schutz der Gesundheit. Noch nie war die Einbindung aller betroffenen Akteure bei den politischen Entscheidungen daher so wichtig wie jetzt. Unter sorgfältiger Abwägung regt der BVMW daher die folgende Maßnahmen zur Umsetzung an.

A. Verhältnismäßiges und langfristiges Neues Reisen in Pandemiezeiten ermöglichen

Insbesondere mittelständische Tourismusunternehmen leben seit längerem von der eigenen Substanz und staatlicher Unterstützung. Für viele stellt sich die Existenzfrage. Gleichzeitig erleben wir eine riesige Bereitschaft der Unternehmen, zusammen mit den politischen Vertretern ein sicheres, verhältnismäßiges und langfristiges Reisen in Pandemiezeiten zu ermöglichen. In keinem Fall darf es zu einem kurzen Anlaufen des Tourismusbetriebs kommen, um dann kurz danach wieder zu schließen. Dies hätte katastrophale und langfristige Auswirkungen auf die Branche, die mit ihr verbundenen Unternehmen und die Verbraucher.

Wissenschaftlich herrscht Einigkeit darüber, dass das Virus langfristig Teil unseres Lebens bleibt. Auch wenn Deutschland Herdenimmunität erreichen sollte, so ist Tourismus unzertrennbar mit dem Aufenthalt und daher auch mit der Corona-Situation in anderen Ländern verbunden. Gleichzeitig warnen Forscher, dass es zukünftig noch zu weiteren Pandemien kommen kann. In der jetzigen Situation zeigt sich jedoch, dass das menschliche Bedürfnis der Zivilgesellschaft nach Öffnung und Reisen im

Lockdown maßgeblich steigt. Eine langfristige Fortführung der bestehenden Maßnahmen erscheint aus psychologischer Sicht daher kaum möglich. Eine Diskussion, die Tourismus während der Pandemie als grundsätzlich unmöglich qualifiziert, lehnen wir deshalb ab. Wir fordern, dass jede Diskussion unter der Möglichkeit des Reisens in Pandemiezeiten erfolgt und auch unter diesem Grundsatz Entscheidungen getroffen werden.

B. Präventivmaßnahmen ausweiten und betroffene Akteure einbeziehen

Um ein Reisen in Pandemiezeiten zu ermöglichen, bedarf es dringend der Ausweitung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus. Notwendige Bedingung ist allerdings in jedem Fall, dass Regelungen in einem ganzheitlichen Expertengremium (Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) und in enger Abstimmung mit den betroffenen Akteuren ausgearbeitet werden.

Grundsätzliche Bedingung für jede Form von regulierter Öffnung ist eine Ausweitung der Testkapazitäten. Systematisches Testen muss dabei fest in den Alltag der Menschen und in die gesamte Gesellschaft integriert werden. Allerdings bedarf es hier eindeutiger Regulierungen zur Anwendung und Bedeutung der Tests. Durch digitale Lösungen muss zweifelsfrei belegbar sein, wann der Test gemacht wurde und von wem er durchgeführt wurde. Andernfalls steht der Aufwand für die Unternehmen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Ebenso sollte für Reisende, die aus Risikogebieten, oder aus einem Hochinzidenz- oder Virusvariantengebiet einreisen, eine erweiterte Testregelung inklusive Nachverfolgung die bisherige präventive Quarantäneregelung vollständig ersetzen. Dies ist nicht nur unkontrollierbar, es belastet auch die Gesundheitsämter unverhältnismäßig hoch.

Aufgrund der Tatsache, dass bereits mehrere Länder die Einreise zukünftig an eine Corona-Impfung geknüpft haben, sind Vorteile für Geimpfte bei Reisen längst Realität. Ein europäischer digitaler Impfpass als einheitlicher Standard ist hierfür

nötig. Gleichzeitig müssen auch einheitliche Ausnahmeregelungen geschaffen werden. Bereits jetzt ist abzusehen, dass sich ein Teil aus gesundheitlichen und persönlichen Gründen langfristig nicht impfen lassen wird. Hier empfehlen wir eine übergeordnete staatliche Maßgabe, statt einer unternehmensspezifischen Regelung. Denkbar wäre es, für Nicht-Geimpfte zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen und Hygienekonzepte, z.B. in Form von mehreren Testungen, zu implementieren.

C. Verantwortungsbewusstes Reisen und Planungssicherheit gewährleisten

Die Verbreitung des Virus ist nicht signifikant auf touristische Reisen zurückzuführen. Erst am 25. Februar bestätigt das Robert Koch-Institut (RKI) in seinem Epidemiologischen Bulletin, dass die klassische organisierte Urlaubsreise nur auf geringem Niveau zur zweiten Infektionswelle in Deutschland beigetragen hat. Die Reisewelle in den Sommerferien war damit kein „Pandemietreiber“, wie oft politisch dargestellt. Auch im Stufenkonzept des RKI zur Öffnungsstrategie schneiden Hotels mit am besten ab – noch vor Theatern, Universitäten und dem ÖPNV.

Zu diesem Ergebnis beigetragen haben laut RKI die Hygienekonzepte in Übernachtungseinrichtungen. Auch wir weisen insbesondere auf die bereits im letzten Sommer aufwendig erstellten Hygienekonzepte hin, die diszipliniert und wirksam durchgeführt wurden. Die A-H-A-L Regeln haben sich bewährt. Unter Einhaltung dieser Regelungen sollte im Sommer eine Belegkapazität von 100 Prozent möglich sein. Hierfür muss allerdings die Umsetzung der Konzepte in den Betrieben garantiert werden. Wir fordern deshalb ein einheitliches Siegel, das beim Nachweis von Hygienestandards inklusive konsequenter Anwendung der Teststrategie an Betriebe verliehen wird. Optimal wäre eine europäische und international einheitliche Regelung. Da sich dies bisher oft als unmöglich erwiesen hat, fordern wir mit Nachdruck mindestens eine deutschlandweite Einigung. Weiterhin sollte der Staat die Investition in freiwillige höhere Standards, wie z.B. in spezielle Luftfilter, in Form von Förderprogrammen perspektivisch unterstützen. Eigeninitiative von Betrieben sollte sich lohnen.

Es ist nachvollziehbar, dass eine Pandemie oft auch kurzfristiges politisches Handeln erfordert. Trotzdem sollte eine

Der BVMW vertritt im Rahmen der Mittelstandsallianz über 900.000 Mitglieder. Die mehr als 300 Repräsentanten des Verbandes haben jährlich rund 800.000 direkte Unternehmerkontakte. Der BVMW organisiert mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.

Öffnungsstrategie so viel Planungssicherheit wie möglich anstreben. Sowohl Hotels, Reisebüros als auch Gastronomiebetriebe warnen derzeit eindringlich vor einer Abwanderung der Fachkräfte. Ein konkreter und planbarer Starttermin kann Perspektiven schaffen. Ohne diesen wird der schon bestehende Fachkräftemangel noch verheerender.

D. Die Wirtschaft einbinden und innovative Lösungen fördern

Bereits bei der Koordination von Corona-Impfterminen hat sich in mehreren Bundesländern gezeigt, dass die Wirtschaft ein kompetenter Partner ist, der durch seine bestehenden Strukturen deutliche schnellere und bessere Ergebnisse erzielen kann als staatliche Institutionen. Gleichzeitig arbeiten zahlreiche Unternehmen an innovativen, digitalen Lösungen, die unseren Umgang mit der Pandemie erleichtern können. Ein Beispiel ist die Entwicklung einer App, die die Kontaktnachverfolgung bei Großveranstaltungen ermöglicht. Wir fordern die Prüfung und Subvention dieser Lösungen sowie die Integration in bestehende Strategien.

E. Kommunikationsstandards und transparente Entscheidungs- findung verbessern

Die Umsetzung von Entscheidungen bedarf einer anderen Kommunikationsstrategie seitens der Politik. Die Gründe für spezifische Entscheidungen müssen transparent kommuniziert werden, um Vertrauen bei Verbrauchern und Unternehmern zu schaffen. Dabei darf die Entscheidung, ob gereist werden darf, nicht auf dem Individuum abgeladen werden. Zurzeit beobachtet man zunehmend „Reiseshaming“ auf lokaler Ebene, während die Politik eindeutige Vorgaben zu touristischen Reisen meidet. Sollte es nun zu einer Öffnung der Tourismusbranche kommen, muss politisch kommuniziert werden, dass die verantwortungsvolle Nutzung dieser Angebote auch gewünscht ist. Hohe Auflagen und Standards der Branche müssen in einer Kampagne und in der politischen Kommunikation dargestellt und verbreitet werden.

Zusammenfassend halten wir ein Reisen in Pandemiezeiten unter den genannten Bedingungen für möglich.

Kontakt

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V.
Bereich Politik und Volkswirtschaft
Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin
Telefon: + 49 30 533206-0, Telefax: +49 30 533206-50
E-Mail: politik@bvmw.de; Social Media: @BVMW_eV